



LAND BRANDENBURG

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum  
Wünsdorfer Platz 4-5 | D-15806 Zossen

Gemeinde Schipkau  
Herr Martin Konzag  
Schulstraße 4  
01998 Schipkau OT Klettwitz

Gemeinde Schipkau			
09. Nov. 2021			
BM	Amt 1	Amt 2	Amt 3
BM/01	Az:		

Brandenburgisches Landesamt  
für Denkmalpflege und  
Archäologisches Landesmuseum  
Abteilung Bodendenkmalpflege /  
Archäologisches Landesmuseum

Wünsdorfer Platz 4-5  
D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)  
Internet: [www.bldam-brandenburg.de](http://www.bldam-brandenburg.de)

Dezernat Bodendenkmalpflege  
Referat Großvorhaben / Sonderprojekte /  
Stadtarchäologie  
Bearbeiter: Dott. Christine Pontenagel  
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06  
Durchwahl: 03 37 02 / 211 18 23  
Telefax: 03 37 02 / 211 15 01  
E-Mail: [christine.pontenagel@bldam-brandenburg.de](mailto:christine.pontenagel@bldam-brandenburg.de)

Wünsdorf, den 01. November. 2021

Ihr Zeichen  
Mail vom 15.10.2021

Unser Zeichen (Bitte immer angeben.)  
GV 2021:112a

**Bebauungsplan Nr. 1-2021 Sondergebiet Umspannwerk und Wasserstofftechnologie Klettwitz**  
Hier: Fachliche Stellungnahme Träger Öffentlicher Belange zum Schutzgut Bodendenkmale im Vorhabenbereich

Sehr geehrter Herr Konzag,

vielen Dank für die Beteiligung an o. g. Verfahren.  
Die bodendenkmalpflegerischen Belange sind auf Seite 19 der Begründung des Vorentwurfs richtig dargestellt.

**Der Vorhabenträger wird gebeten, sich möglichst frühzeitig mit uns in Verbindung zu setzen, um Umfang und Durchführung der erforderlichen archäologischen Maßnahmen abzustimmen (Dr. Ulrich Dirks, Tel. 033702-2111571, [ulrich.dirks@bldam-brandenburg.de](mailto:ulrich.dirks@bldam-brandenburg.de) und Dr. Joachim Wacker, Tel. 033702-2111570; [joachim.wacker@bldam-brandenburg.de](mailto:joachim.wacker@bldam-brandenburg.de)).**

Hinweis:

Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.

Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

Dr. Thomas Kersting M.A.  
Dezernatsleiter Archäologische Denkmalpflege

Kopie an - Lkr. Oberspreewald-Lausitz / Untere Denkmalschutzbehörde

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum  
Wünsdorfer Platz 4-5 · D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)  
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06 · Telefax: 03 37 02 / 211 15 01

## FORMBLATT

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

#### Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Naturschutz und Brandenburger Naturlandschaften
Belang	Naturschutz
Vorhaben	Bebauungsplan Nr. 1-2021 "Sondergebiet Umspannwerk und Wasserstofftechnologie Klettwitz" der Gemeinde Schipkau, OT Klettwitz
	<b>Stellungnahme im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB</b>  Referat: N1 VNr.: Bearbeiter/In: Anna Reimann Telefon: 0355-4991-1374 Mail: anna.reimann@lfu.brandenburg.de  Begründung zum Vorentwurf, Stand Oktober 2021 Planzeichnung mit textlicher Festsetzung, Stand Oktober 2021

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

#### 1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

##### a) Einwendung

#### 1. gesetzlicher Biotopschutz (§ 30 BNatSchG i. V. m. § 18 Abs. 1 BbgNatSchAG)

Für das Plangebiet wird eine Biotoptypenerfassung durch das Büro Subatzus & Bringmann durchgeführt. Die Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Eine abschließende Bewertung ist daher nicht möglich.

#### 2. Naturdenkmale (§ 28 Abs. 2 BNatSchG i. V. m. Verordnungstext)

Keine Betroffenheit

3. geschützte Landschaftsbestandteile (§ 29 Abs. 2 BNatSchG i. V. m. Verordnungstext) Eine abschließende Bewertung kann nach durchgeführter Biotopkartierung erfolgen.
5. besonderer Artenschutz (§ 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG) Für das Plangebiet wird momentan ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag durch das Büro Subatzus & Bringmann durchgeführt. Die uNB des LK Oberspreewald-Lausitz wies mit Schreiben vom 23.07.2021 auf die besondere Bedeutung des Standortes als Teil eines Hauptmigrationsweges hin. Die Ergebnisse der Bestandsermittlung sowie der artenschutzrechtlichen Untersuchung liegen noch nicht vor. Eine abschließende Bewertung ist daher nicht möglich.
6. Landschaftsschutzgebiet / Naturschutzgebiet (§ 67 BNatSchG / § 8 Abs. 3 BbgNatSchAG) Keine Betroffenheit
b) Rechtsgrundlage
Siehe unter a)
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)
Siehe unter a)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts
a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:
b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:
<p>1. Biotoptypenkartierung nach Biotopkartierung Brandenburg 2007 gemäß Kartierintensität B, Bestandsdarstellung und –bewertung in Text und Karte (graphische Darstellung, wenn möglich im Maßstab der Satzungskarte) Kennzeichnung gesetzlich geschützter Biotope, Angabe zur (Teil)Flächengröße und Ausprägung geschützter Biotope</p> <p>Werden im Geltungsbereich Biotoptypen nachgewiesen, die gemäß Kartieranleitung nur in bestimmten Ausbildungen den geschützten Biotopen zuzuordnen sind, bedarf es im Umweltbericht einer nachvollziehbaren fachgutachtlichen Einschätzung, zum Schutzstatus der betreffende (Teil)Fläche. Die Beurteilung ist auf Grundlage der Vorgaben der Biotopkartierung Brandenburg vorzunehmen.</p> <p>Bedingt die Planung eine Zerstörung oder eine sonstige erhebliche Beeinträchtigung geschützter Biotope, bedarf es im Umweltbericht folgender Angaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Biotoptyp</li> <li>- Vorhaben + Begründung der Erforderlichkeit =&gt; Art und Umfang der erheblichen Beeinträchtigung</li> <li>- geprüfte Alternativen</li> <li>- Möglichkeit des Ausgleichs; Darstellung geplanter Ausgleichsmaßnahmen</li> </ul>

- bei Nichtausgleichbarkeit Ausführungen zum Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen gemäß § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG und Darstellung geplanter Ersatzmaßnahmen

- Verortung in einer Karte
- Art und Umfang der erheblichen Beeinträchtigung
- geprüfte Alternativen
- Ausführungen zum Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen

- Verortung in einer Karte
- Art und Umfang der erheblichen Beeinträchtigung
- geprüfte Alternativen
- Ausführungen zum Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen
- Ausführungen zu Art, Umfang und Standort geplanter Ersatzpflanzungen

- Verortung in einer Karte
- Art und Umfang der erheblichen Beeinträchtigung
  - Einzelbäume            Angaben zu Baumart, Stammumfang, Vitalität + Foto
  - Hecken                 Zusammensetzung des betroffenen Bestandes; bei anteiligem Verlust  
prozentualer Anteil am Gesamtbestand + Foto
  - Ersatzbäume          Angaben zu Baumart, Pflanzzeitpunkt, time-lag
- geprüfte Alternativen
- Ausführungen zum Vorliegen der Genehmigungsvoraussetzungen
- Ausführungen zu Art, Umfang und Standort geplanter Ersatzpflanzungen

Zur Beurteilung des Vorliegens der Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG (Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag) erachte ich (unter Beachtung des Schreibens der uNB) die Erfassung / Behandlung folgender Arten / Artengruppen im Planverfahren für erforderlich:

Vorliegende aktuelle Daten können genutzt werden. Als aktuell werden Datenbestände in der Regel dann eingestuft, wenn die Erhebungen im Gelände nicht länger als 5 Jahre zurückliegen und nach der Erfassung keine erheblichen Veränderungen des Standortes oder der anthropogenen Einflüsse eingetreten sind. Daten, die älter als 5 Jahre sind, müssen auf ihre Aktualität im Gelände überprüft werden (Gassner / Winkelbrandt, UVP, C.F. Müller Verlag 2010).

Die Erfassungen sind von Gutachtern mit entsprechender fachlicher Expertise durchzuführen. Graphische Darstellung des Bestandes (wenn möglich) im Maßstab der Satzungskarte.

Im Umweltbericht muss sich die Gemeinde mit der Betroffenheit der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände auseinandersetzen. Weiterhin hat die Gemeinde vorausschauend zu prüfen, ob im Hinblick auf den besonderen Artenschutz eine Ausnahmelage vorliegt (vgl. BVerwG-Beschluss vom 25.08.1997, Az. 4 NB 12.97).

Zur Beurteilung des Vorliegens der Verbote des § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG bedarf es neben den Aussagen zu Umfang, Zeitraum und Methodik der Erfassung nachfolgender Angaben:

1. Vorkommen im Untersuchungsgebiet / wo exakt nachgewiesen (Text und Karte, im Maßstab 1:5000 oder größer)
2. welches geplante Vorhaben löst welchen Verbotstatbestand aus
  - Beschreibung und Verortung des Vorhabens (Text und Karte)
  - Benennung des Verbotstatbestandes
3. in welchem Umfang ist die Art betroffen
  - Umfang der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten
  - bei dem Störungsverbot Größe der gestörten Population
4. Möglichkeit / Umsetzung vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen
  - artbezogene Ableitung und Begründung der Eignung
  - Beschreibung der vorgezogenen Ausgleichsmaßnahme nach Art und Umfang
  - Angaben zum zeitlichen Ablauf ihrer Umsetzung; Prognose der Dauer bis zum Eintreten der Funktionsfähigkeit
  - Angaben zur Pflege / Unterhaltung
  - Lokalisierung (Karte im Maßstab 1: 500 mit Übersichtskarte)
  - Erstellung von Maßnahmenblättern
  - Angaben zum Risikomanagement inkl. Erfolgskontrolle/ Monitoring

Wenn die Verbotstatbestände erfüllt sind, sind für die Ausnahmeprüfung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG folgende Angaben erforderlich:

5. Ausführungen zu Alternativen
6. Ausführungen zu den nach § 45 Abs. 7 Nr. 4 und 5 BNatSchG in Betracht kommenden Ausnahmegrundlagen
7. Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der lokalen Population
8. Ausführungen zu kompensatorischen Ausgleichsmaßnahmen (FCS-Maßnahmen)
  - artbezogene Ableitung und Begründung der Eignung
  - Maßnahmenbeschreibung (Ausführung und Pflege)

- Lokalisierung (Karte im Maßstab 1: 500 mit Übersichtskarte)
- Erstellung von Maßnahmenblättern
- Angaben zum Risikomanagement inkl. Erfolgskontrolle/ Monitoring

### 3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

### 4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

#### Eingriffsregelung

Darstellung der Eingriffsregelung gemäß § 1a Abs. 3 BauGB

Unter Pkt. 4.2 werden bereits geplante allgemeine Maßnahmen vorgeschlagen. Die Maßnahme 1 sieht dabei eine Baufeldfreimachung in der Zeit vom 01.09.-28.02. vor. Sollten Rodungsmaßnahmen vorgesehen sein, so ist im Vorhinein eine Kontrolle auf Höhlenbäume durchzuführen.

Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass die Eingriffsregelung im Rahmen des B-Planverfahrens abschließend vollumfänglich abzuarbeiten ist.

Dieses Dokument wurde am 2. November 2021 durch Henry Blumrich schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.



Landesamt für Umwelt  
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Gemeinde Schipkau  
Schulstr. 4  
01998 Schipkau OT Klettwitz

Bearb.: Frau Andrea Barenz  
Gesch-Z.: LFU-TOEB-  
3700/508+22#376365/2021  
Hausruf: +49 355 4991-1332  
Fax: +49 331 27548-2659  
Internet: [www.lfu.brandenburg.de](http://www.lfu.brandenburg.de)  
[Andrea.Barenz@LfU.Brandenburg.de](mailto:Andrea.Barenz@LfU.Brandenburg.de)

Cottbus, 17. November 2021

**Bebauungsplan Nr. 1-2021 "Sondergebiet Umspannwerk und Wasserstoff-  
technologie Klettwitz" der Gemeinde Schipkau, OT Klettwitz**

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 15.10.2021
- Begründung, 10/2021
- Planzeichnung, 10/2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen übergeben.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 17. November 2021 durch Andrea Barenz schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage

Besucheranschrift:  
Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:  
Seeburger Chaussee 2  
14476 Potsdam  
OT Groß Glienicke



## FORMBLATT

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

#### Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Bebauungsplan Nr. 1-2021 "Sondergebiet Umspannwerk und Wasserstofftechnologie Klettwitz" der Gemeinde Schipkau, OT Klettwitz
Ansprechpartner*in: Tel.: E-Mail:	Jutta Kimmig, Referat T 25 0355/49911361 TOEB@lfu.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

#### 1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

##### a) Einwendung

##### b) Rechtsgrundlage

##### c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

#### 2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

##### a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

##### b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

#### 3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

##### a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger



Auswirkungen
b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
<p><b>Sachstand Planung:</b></p> <p>Seitens der Gemeinde Schipkau werden mit der Planaufstellung Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Errichtung von Folgeeinrichtungen und Betriebsanlagen für die im Bereich der Hochkippe Klettwitz bestehenden Anlagen zur Solarenergiegewinnung angestrebt. Hierfür soll eine ca. 3,3 ha große Teilfläche des rechtswirksamen B-Plangeltungsbereich „Lausitzring“ als sonstiges Sondergebiet mit Zweckbestimmung „Umspannwerk und Wasserstofftechnologie“ festgesetzt werden, wobei für den Standort des Umspannwerkes eine Kennzeichnung als Fläche für Versorgungsanlagen erfolgt. Konkrete Ansiedlungsziele sind die Errichtung und der Betrieb eines Umspannwerkes sowie Anlagen zur Herstellung, Lagerung und zum Vertrieb von Wasserstoff.</p> <p>Das Plangebiet befindet sich östlich der Autobahn A 13, in unmittelbarer Nähe des Autobahnanschlusses Klettwitz. Im Norden begrenzt die L 551 (Senftenberger Straße) den Geltungsbereich und im Osten die L 55. Das DEKRA Technology Center befindet sich in einem Abstand von ca. 100 m östlich.</p> <p>Der nördliche Rand der Ortslage Schipkau ist ca. 1.300 m entfernt südwestlich lokalisiert und der südliche Rand der Ortslage Klettwitz befindet sich in ca. 1.200 m Entfernung westlich. Kleinere Siedlungssplitter an der Senftenberger Straße und im Bereich der sogenannten Treuhandsiedlung sind westlich der Autobahn in ca. 600 m Entfernung vorhanden.</p> <p>Das Plangebiet ist entsprechend der Festsetzung nach dem B-Plan „Lausitzring“ aktuell überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Im nördlichen Teil befindet sich ein ehemaliges Wohngrundstück.</p> <p><b>Stellungnahme:</b></p> <p>Die Planunterlagen zum Vorentwurf in der Fassung vom Oktober 2021 wurden hinsichtlich der Übereinstimmung mit den Erfordernissen des vorbeugenden Immissionsschutzes geprüft. Danach werden für die weitere Planaufstellung nachfolgende Hinweise und Anforderungen übermittelt.</p>	

## 1. Hinweise zur Genehmigungsbedürftigkeit nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

### *Zu geplanten Anlage(n) zur Erzeugung Wasserstoff und zugehörige Nebenanlagen:*

Für die geplante(n) Anlage(n) zur Erzeugung von Wasserstoff inkl. notwendiger Nebeneinrichtungen ist eine Genehmigung nach Nr. 4.1.12 EG des Anhang I zur 4. BImSchV (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) i. V. m. § 4 BImSchG bei der zuständigen Genehmigungsverfahrensstelle (T12) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zu beantragen, sofern die Bedingung zur Herstellung von Wasserstoff im industriellen Umfang erfüllt werden (bspw. Verkauf an Dritte).

Der durch die oben genannte(n) Anlage(n) erzeugte Wasserstoff soll in stationären Gasspeichern zwischengelagert werden. Optional sollen die Anlagen um einen Trailerbefüllpunkt und/oder eine Wasserstofftankstelle ergänzt werden. In Abhängigkeit der Gesamtlagermenge an Wasserstoff ist für die Lageranlagen ggf. eine Neugenehmigung nach Nr. 9.3 Anhang I der 4. BImSchV i. V. m. Nr. 17 des Anhang II der 4. BImSchV bei T12 des LfU zu beantragen.

Die für die Anlage(n) notwendige Betrachtung immissionsschutzrechtlicher Belange, hier insbesondere Schallemissionen, sind im Rahmen eines Verfahrens nach § 4 BImSchG zu überprüfen. Dabei ist die Einhaltung von Lärmgrenzwerten gemäß TA Lärm auf naheliegende, bzw. im Einwirkungsbereich lokalisierte, schutzbedürftige Objekte durch ein schalltechnisches Gutachten nachzuweisen.

Sonstige Emissionen wie luftverunreinigende Emissionen, Erschütterung, Wärme und Strahlung u.a. sind im Antrag zu beschreiben und ggfs. auszuschließen.

Für die in der Anlage gehandhabte und gelagerte Menge an Wasserstoff ist im Antrag nach § 4 BImSchG zu überprüfen, ob die Mengenschwellen des Anhang I der 12. BImSchV (Störfall-Verordnung) überschritten werden und ein Betriebsbereich nach § 2 Nr. 1 oder 2 der 12. BImSchV gegründet wird. Darüber hinaus sind im Falle der Gründung eines Betriebsbereiches die Pflichten nach §§ 3 – 6 der 12. BImSchV zu erfüllen. Der zuständigen Behörde ist ebenfalls ein schriftliches Konzept zur Verhinderung von Störfällen nach § 8 oder ein Sicherheitsbericht nach § 9 der 12. BImSchV vorzulegen.

### *Zum geplanten Umspannwerk:*

Bei dem im Vorhabengebiet geplanten Umspannwerk handelt es sich um eine 110/33 kV Schaltanlage für die Einspeisung von Energie in das Hochspannungsnetz. Diese Leistung entspricht nicht einer genehmigungsbedürftigen Anlage nach Anhang 1 der 4. BImSchV.

Für das geplante Umspannwerk liegt mit Beteiligung des LfU (Referat T 24) durch den Landkreis Oberspreewald-Lausitz, untere Bauaufsichtsbehörde (Aktenzeichen 60.3-00788/21) eine entsprechende Fachstellungnahme vor. Die entsprechende Baugenehmigung für das o. g. Umspannwerk wurde durch die untere Bauaufsichtsbehörde (Aktenzeichen 60.3-00788/2) des Landkreis Oberspreewald-Lausitz am 05.10.2021 erteilt.

Nach den vorliegenden Unterlagen zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Sondergebiet – Umspannwerk und Wasserstofftechnologie Klettwitz“ der Gemeinde Schipkau, insbesondere Teil C Begründung (Vorentwurf Oktober 2021) haben sich keine wesentlichen Änderungen ergeben.

## 2. Planunterlagen

Insbesondere der nach § 50 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) im Rahmen der städtebaulichen Planung zu beachtende Grundsatz, bei raumbedeutsamen Planungen die Flächen oder Gebiete unterschiedlicher Nutzung einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen oder Gefahren von schweren Unfällen weitgehend vermieden werden, ist für den vorliegenden Planungsfall von Bedeutung. In Anlehnung an den Abstandserlass des Landes Nordrhein-Westfalen wird zu den im vorliegenden Fall geplanten Betriebsanlagen ein Abstand von 1000 Meter zu schutzbedürftigen Wohngebieten empfohlen.

Ausgehend von der betrachteten Standortlage, insbesondere der vorhandenen Entfernung zu Siedlungsbereichen sowie einer günstigen verkehrstechnischen Anbindung, wird die Einordnung des Plangebietes grundsätzlich positiv bewertet. Ebenfalls befürwortet wird die geplante Festsetzung eines zweckbestimmten Sondergebietes.

Die im Rahmen der Umweltprüfung aus immissionsschutzrechtlicher Sicht wesentlichen Untersuchungen und Fachgutachten zu den zu erwartenden Schallemissionen und zur Beachtung der Störfall-Verordnung werden in den vorliegenden Unterlagen zur Planbegründung benannt. Nach Vorlage der Fachgutachten sind die wesentlichen, vorhabenbezogenen Umweltauswirkungen für die Schutzgüter Mensch und Klima/Luft in den zu erarbeitenden Umweltbericht einzuarbeiten und allgemeinverständlich zu erläutern.

Die ergänzten Planunterlagen sind zur erneuten Stellungnahme zu übergeben.

Dieses Dokument wurde am 17. November 2021 durch Jutta Kimmig schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

## FORMBLATT

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

#### Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	Bebauungsplan Nr. 1-2021 "Sondergebiet Umspannwerk und Wasserstofftechnologie Klettwitz" der Gemeinde Schipkau, OT Klettwitz
Bearbeiterin: Telefon: E-Mail:	Frau Wiebke Schneider 0355 4991 1383 Wiebke.Schneider@LfU.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input checked="" type="checkbox"/>
---	-------------------------------------

#### 1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

##### a) Einwendung

##### b) Rechtsgrundlage

##### c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

#### 2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

##### a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

##### b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

#### 3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

##### a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger

Auswirkungen
b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
Vor Baubeginn sollte sichergestellt werden, dass der erforderliche Wasserbedarf zur Wasserstoffgewinnung durch den Wasserversorger auf der Grundlage der bestehenden Wasserrechtlichen Erlaubnis gedeckt werden kann.	

Dieses Dokument wurde am 27. Oktober 2021 durch Wiebke Schneider schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.
--

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR · Lindenstraße 34 · 14467 Potsdam

Gemeinde Schipkau  
Bauamt  
Schulstraße 4

2099/2021/ Frau Kobus  
Tel: 0331/201 55-56  
Ihr Zeichen:

01998 Schipkau, OT Klettwitz

Potsdam, 17. November 2021

vorab per Fax: 035754 36039

vorab per email: [info@gemeinde-schipkau.de](mailto:info@gemeinde-schipkau.de)

**Stellungnahme, Äußerung und Einwendung der o.g. anerkannten Naturschutzverbände zum Bebauungsplan Nr. 1-2021 „Sondergebiet Umspannwerk und Wasserstofftechnologie Klettwitz“, Schipkau, Vorentwurf**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren:

Die Fläche gilt als Nahrungs- und Bruthabitat für Vögel und Fledermäuse. Daher sind der Geltungsbereich und die angrenzenden Flächen auf das Vorkommen dieser Arten hin fachlich fundiert entsprechend den geltenden wissenschaftlichen Standards zu untersuchen. Sollten Gebäude abgerissen werden, ist hier frühzeitig insbesondere auch auf das Vorkommen von Gebäudebrütern hin zu untersuchen.

Es sind alle möglichen Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen zu ergreifen, insbesondere eine Reduzierung der Flächenversiegelung bei Zuwegungen, Baustelleneinrichtung auf weniger wertvollen Flächen usw..

Als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen schlagen wir folgendes vor:

- das Anlegen eines Feuchtbiotops
- Wiederherstellung vom Orchideenvorkommen "Sonnenhäusel". Dies befindet sich südöstlich der Baufläche zwischen L55 und Lausitzring

Eine Bebauung ist erst in einem ausreichend großem Abstand zur Pößnitz zu zulassen.

In der Planzeichnung überlagern sich die Maßnahmenflächen M2 und M4. Es ist klarzustellen, was auf der Überlagerungsfläche geplant ist und welche Maßnahme hier konkret umgesetzt werden soll. Eine doppelte Anrechnung der Fläche in der Kompensation ist unzulässig.

Es ist zu prüfen, ob innerhalb des Geltungsbereiches im Bebauungsplan „Lausitz Ring“ Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt waren. Sollte dies der Fall sein, sind diese separat zu kompensieren.

Wir bitten um die weitere Einbeziehung in das Verfahren.

Mit freundlichen Grüßen

  
K. Kobus – Geschäftsführerin

Landesbüro anerkannter  
Naturschutzverbände GbR  
für das Land Brandenburg

Haus der Natur: Innenhof  
Lindenstr./Ecke Breite Str.  
[www.landesbuero.de](http://www.landesbuero.de)

Tel.: +49(0)331-201 55 50  
Fax.: +49(0)331-201 55 55  
[info@landesbuero.de](mailto:info@landesbuero.de)

Berliner Volksbank - IBAN:  
DE17 1009 0000 1802 4350 09  
BIC: BEVODE33



Henning-von-Tresckow-Straße 2-8  
14467 Potsdam

Gemeinde Schipkau  
Bau- und Ordnungsamt  
Schulstraße 4  
01998 Schipkau OT Klettwitz

Bearb.: Herr Meinert  
Gesch.-Z.: GL5.15-46144-005 0843/2021  
Tel.: 0335 / 60676 9935  
Fax: 0335 / 60676 9940  
[werner.meinert@gl.berlin-brandenburg.de](mailto:werner.meinert@gl.berlin-brandenburg.de)  
Internet: [gl.berlin-brandenburg.de](http://gl.berlin-brandenburg.de)

Per E-Mail an: [m.konzag@gemeinde-schipkau.de](mailto:m.konzag@gemeinde-schipkau.de)

Frankfurt (Oder), 04.11.2021

Planung/Vorhaben: **Bebauungsplan Nr. 1-2021 „Sondergebiet Umspannwerk und Wasserstoff-technologie Klettwitz“**  
Planentwurf Oktober 2021 (Dr. Braun & Barth, Dresden)

Gemeinde / Ortsteil: **Schipkau / Klettwitz**  
Kreis: **Oberspreewald-Lausitz**  
Region: **Lausitz-Spreewald**

Ihre Anfrage vom:  
15.10.2021

Eingang am:  
15.10.2021

Ihr Zeichen/Reg-Nr.:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem o. g. Bebauungsplan geben wir folgende Stellungnahme ab:

- |                                     |  |
|-------------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <b>Stellungnahme zur Zielfrage gemäß Art. 12 des Landesplanungsvertrages</b>       |
| <input checked="" type="checkbox"/> | <b>Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB</b> |
| <input type="checkbox"/>            | Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB        |

#### Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht:

- |                                     |   |
|-------------------------------------|---|
| <input type="checkbox"/>            | Die Planungsabsicht ist nicht hinreichend zu beurteilen.                      |
| <input type="checkbox"/>            | Die Planungsabsicht steht im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung.           |
| <input checked="" type="checkbox"/> | <b>Es ist derzeit kein Widerspruch zu Zielen der Raumordnung zu erkennen.</b> |
| <input type="checkbox"/>            | Die Planungsabsicht ist an die Ziele der Raumordnung angepasst.               |

#### Erläuterungen

Im Bereich des Plangebietes befinden sich keine in den Festlegungskarten des LEP HR und des sachlichen Teilregionalplanes II getroffenen flächenbezogenen Festsetzungen. Das Vorhaben befindet sich außerhalb des Freiraumverbundes des LEP HR (Ziel Z 6.2 LEP HR) und von Vorrang- und Vorbehaltsflächen für die Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe.

Bei dem Umspannwerk und den geplanten Anlagen zur Erzeugung, Speicherung und Verteilung von Wasserstoff handelt es sich um Flächen für die technische Infrastruktur. Sie sind nicht als neue Siedlungsflächen zu betrachten. Das Ziel Z 5.2 Abs. 1 LEP HR, wonach neue Siedlungsflächen an vorhandene Siedlungsgebiete anzuschließen sind, kommt daher nicht zur Anwendung.

#### Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung des Vorhabens

- Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235)
- Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)
- Regionalplan Lausitz-Spreewald - Sachlicher Teilregionalplan II „Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“ vom 17.11.1997 (Amtlicher Anzeiger Nr. 33)

#### Bindungswirkung

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Grundsätze der Raumordnung sind im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.

Für die vorliegende Planungsabsicht relevante Grundsätze der Raumordnung sind z.B. § 4 Abs. 2 LEPro (Nutzung regenerativer Energien in ländlichen Räumen als Teil der Kulturlandschaft), G 6.1 LEP HR (Freiraumentwicklung) und G 8.1 Abs. 1 Satz 2 LEP HR (Klimaschutz, Erneuerbare Energien). Ggf. sind weitere Grundsätze aus diesen Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln.

#### Hinweise

Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung gibt es unsererseits keine Hinweise. Eigene umweltbezogene Daten liegen der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung nicht vor.

Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung Ihrer Planungsabsicht geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Stellungnahme unberührt.

#### Wir bitten (zur Sicherung der Übermittlung trotz der Corona-bedingten Sondersituation),

- **Beteiligungen gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen nur in digitaler Form durchzuführen;**
- bei Mitteilungen über das Inkrafttreten von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 Abs. 4 Ziff. 1-3 BauGB oder die Einstellung von Verfahren (vgl. Artikel 20 des Landesplanungsvertrages) den Plan bzw. die Satzung und seine Bekanntmachung **in digitaler Form als pdf-Datei** per E-Mail zu übersenden (oder **alternativ mit Download-Link, - keine CD/DVD -**);
- dafür ausschließlich unser **Referatspostfach** zu nutzen: [gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de](mailto:gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de).

Informationen für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten gemäß Artikel 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung erhalten Sie über folgenden Link: <https://gl.berlin-brandenburg.de/service/info-personen-bezogene-daten-gl-5.pdf>.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Meinert